Gewerbe Wiesendeich

17-Blatt

Bauleitplanung der Ortsgemeinde Nackenheim 1.10.2004

hier: Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zum Bebauungsplan "Am Wiesendeich; 1. Änderung"

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Nackenheim hat in seiner Sitzung am 14. September 2004 folgenden Beschluss gefasst:
"Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Nackenheim beschließt hiermit die Aufstellung des Bebauungsplanes "Am Wiesendeich; 1. Änderung" auf der Grundlage des Änderungsvorschlages der IGW. Inhalt der Änderung ist eine neue Straßenführung und damit verbunden ein neuer Zuschnitt der Gewerbegrundstücke."
Das Plangebiet liegt im Nackenheimer Unterfeld; die Lage ist aus dem beigefügten, nicht maßstäblichen Lageplan ersichtlich. In gleicher Sitzung hat der Rat beschlossen, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer öffentlichen Bekanntmachung durchzuführen. Gemäß § 3 BauGB werden hiermit die Ziele und Zwecke der Planung öffentlich dargelegt. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, bei der Verbandsgemeindeverwaltung in 55294 Bodenheim, Am Dollesplatz 1 - Zimmer 128 - während der Sprechzeiten vorzusprechen. Hier werden die voraussichtlichen Auswirkungen des Bebauungsplanes aufgezeigt; es besteht die Möglichkeit der Äußerung und Erörterung. Unabhängig von dieser Beteiligung erfolgt nach entsprechender Bekanntmachung die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB (Baugesetzbuch).

Reinhold Stumpf, Bürgermeister

Plan

17-Blatt

Nackenheim 27.08.2004

Bauleitplanung der Ortsgemeinde Nackenheim

hier: Genehmigung des Bebauungsplanes "Am Wiesendeich"

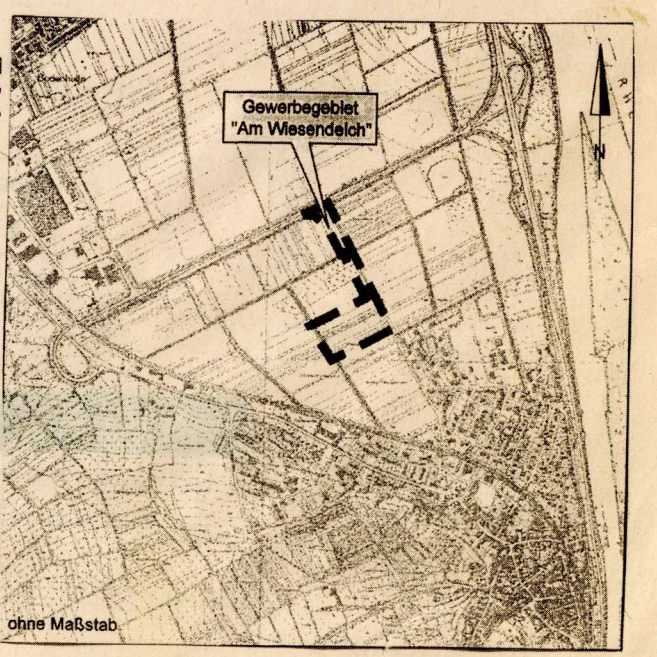
Am 23. März 2004 hat der Gemeinderat der Ortsgemeinde Nackenheim den Bebauungsplan "Am Wiesendeich" einschließlich der Begründung gemäß § 10 BauGB (Baugesetzbuch) vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141) i.V. mit § 24 GemO (Gemeindeordnung) Rheinland-Pfalz als Satzung beschlossen.
Der Bebauungsplan weist ein Gewerbegebiet im Nackenheimer Unterfeld aus; die Lage des Plangebietes ist aus dem nachfolgenden, nicht maßstäblichen Übersichtsplan ersichtlich. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurde nicht durchgeführt.
Die Satzung wurde der Kreisverwaltung Mainz-Bingen zur Genehmigung vorgelegt.

Die Kreisverwaltung Mainz-Bingen hat mit Schreiben vom 29. Juli 2004 (Az. 50-2/610-13-0205) verfügt, dass der vom Ortsgemeinderat Nackenheim am 23. März 2004 als Satzung beschlossene Bebauungsplan "Am Wiesendeich" der Ortsgemeinde Nackenheim genehmigt wird.
Die Genehmigungsverfügung vom 29. Juli 2004 sowie der Bebauungsplan können bei der Verbandsgemeindeverwaltung in 55294 Bodenheim, Am Dollesplatz 1, Zimmer 128, während der Sprechstunden eingesehen werden.
Durch den nun rechtskräftigen Bebauungsplan kann die zulässige Nutzung eines Grundstückes so aufgehoben oder geändert werden, dass der Eigentümer gem. § 44 BauGB eine angemessene Entschädigung verlangen kann, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind.
Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.
Unbeachtlich werden gemäß § 215 BauGB

1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und
2. Mängel der Abwägung,

wenn sie nicht in den Fällen der Nummer 1 innerhalb eines Jahres, in Fällen der Nummer 2 innerhalb von sieben Jahren seit der Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Bei Inkraftsetzung der Satzung ist auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen hinzuweisen.
Die Gemeinde kann einen Fehler, der sich aus der Verletzung der in § 214 Abs. 1 BauGB bezeichneten Vorschriften ergibt oder einen sonstigen Verfahrens- oder Formfehler nach Landesrecht beheben; dabei kann die Gemeinde die Satzung durch Wiederholung des nachfolgenden Verfahrens erneut in Kraft setzen. Die Satzung kann auch mit Rückwirkung erneut in Kraft gesetzt werden.
Diese Satzung wurde in öffentlicher Sitzung i. S. des § 24 GemO Rheinland-Pfalz beschlossen.
Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen, wenn die Rechtsverletzung nicht innerhalb eines Jahres nach der Bekanntmachung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.
Mit dieser Bekanntmachung, die an die Stelle der sonst für Satzungen vorgeschriebenen Veröffentlichung tritt, wird der Bebauungsplan "Am Wiesendeich" gemäß § 10 Abs. 3 BauGB rechtsverbindlich.

Reinhold Stumpf, Bürgermeister



Telefon: 06135/2263 oder 06131/881302